

Protokoll vom 11. 03. 2010

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste! (letzte Seite des Protokolls)	Anlage zum Protokoll:	Pressemitteilungen: der Sozialsenatsverwaltung ("Senat erarbeitet neue Transparenzregeln für die Sozialwirtschaft - Senatorin Bluhm zieht Konsequenzen aus Maserati-Affäre ... ") vom 09. 03. 2010 und der MOPO vom 09. 03. 2010 "Wohlfahrtsverbände bekommen verbindlichen Kodex"), der Flyer "Ambulante Wohnhilfe - Betreutes Gruppenwohnen für Frauen nach § 67 SGB XII" der FREIEN HILFE BERLIN e.V. Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Formblatt "Vergütungen im Leistungsfeld § 67 SGB XII", Pressemitteilung Ausschluss Treberhilfe - 11. 03. 2010 und die Einladung zum Träger-AK am 03. 11. 2010
---	-----------------------	--

Die "Abrundung" des Protokolls gleich zum Anfang:

Im Nachgang zur AK-Sitzung gab es eine aktuelle Information aus dem Verband, wonach die Treberhilfe Berlin e.V. aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ausgeschlossen worden ist (siehe Anlage!). Sehr frisch ist die Information aus der Verwaltung SenIAS, dass es der Fachsenatorin darum geht, die Arbeit für etwa 3.000 Klienten der Treberhilfe sicherzustellen und die bewährten Mitarbeiter der Treberhilfe gGmbH mit einer weiteren Beschäftigungsperspektive auszustatten. Es gäbe Verhandlungen mit der Diakonie dies alles über eine Auffanggesellschaft zustande zu bringen.

Man erkennt die Rollenverteilung:

Der Paritätische bemühte sich angesichts der kritischen Medienerörterung, um die Vermittlung von Sachinformationen und stellt deutlich heraus, dass auch gemeinnützige Organisationen Gewinne erzielen müssen. – Die Diakonie dagegen hat zu keinem Zeitpunkt im Vorfeld zu erklären versucht, welche Rolle sie als Trägerverband angesichts der unrühmlichen Entwicklungen hatte, und ob es ggf. an der Bereitschaft gefehlt hatte, bei der Treberhilfe Berlin zu intervenieren. Sie gab sich "aufklärerisch", öffentlichkeitswirksam in einer Diktion zu Lasten dieser Organisation, die anscheinend die bewährte Arbeit für etwa 3.000 Klienten auch repräsentierte.

Es wird wohl davon auszugehen sein, dass das Ziel der Diakonie, "die Kundenkartei" der diakonischen Trägerlandschaft zu erhalten, erreicht ist. Es steht zu befürchten, dass der "konstruktive Dialog" zwischen Senatsfachverwaltung und Diakonie mit der Institutionalisierung einer diakonischen "Auffangträgerschaft" zukünftig noch stärker das Verhalten der Diakonie als Federführer für das Leistungsfeld Wohnungslosenhilfe konditionieren wird: Sachlich gebotene Entwicklungen voran zu bringen, werden in absehbarer Zeit wohl kaum möglich sein. Dies muss man zunächst hinnehmen!

Rückschließend folgendes:

Wenn trotz ungünstiger Rahmenbedingungen die Arbeit der Treberhilfe gGmbH so gut gewesen ist, dass sich das Leistungsprinzip nur in anderer Trägerschaft weiterentwickeln kann (anscheinend auch zu den Preisen wie vereinbart, ob mit den Löhnen für die Beschäftigten wie bislang, ist nicht bekannt), gibt es für die Leistungserbringer der Wohnungslosenhilfe insgesamt wohl keinen Grund, sich auf höhere Verpflichtungen oder grundsätzliche Veränderungen in Fragen des Leistungszugangs und der Leistungserbringung einzulassen.

Das Protokoll:

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
TOP 1	Bestätigung des Protokolls der Sitzungen des AK vom 07. 01. 2010	Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Abstimmung zum Protokoll auch die verbindliche Zustimmung zu den in der Sitzung am 07. 01. 2010 entwickelten Geschäfts- und Verfahrensordnung gehört.	Das Protokoll wird in der vorgelegten Form angenommen. Die Geschäfts- und Verfahrensordnung wird in der vorgelegten Form bestätigt.
TOP 2	§ 67 und KO-Beschlüsse – Bewertung	<p>Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Oswald Menninger, Geschäftsführer des Paritätischen herzlich begrüßt. Aus dem Kreis der Anwesenden war der Vorschlag ergangen, Herrn Menninger in der AK einzuladen, da die breite mediale Erörterung um die Vorgänge bei der Treberhilfe auch mit dem Leistungsfeld Wohnungslosenhilfe intensiv verknüpft sind.</p> <p>Im Folgenden erfolgt die Wiedergabe ausgewählter Diskussionspunkte eher stichwortartig:</p> <p>Herr Menninger erläutert die Paritätische Position: Treberhilfe war als e.V. und als gGmbH bis vor etwa vier Jahren Mitglied des Paritätischen. Die gGmbH als Träger sozialer Angebote ist dann zur Diakonie gewechselt. Angesichts der Zugehörigkeit zu zwei Verbänden war der Treberhilfe (dem e.V.) damals der Austritt aus dem Paritätischen nahegelegt. Herr Ehlert hatte hier aber andere Vorstellungen von "politischer Arbeit". Der Paritätische ging – nach Vorprüfung – davon aus, dass es Ausschlussgründe zum damaligen Zeitpunkt für die Treberhilfe als Verein nicht gegeben hat. Eingeräumt wird, dass es angesichts der "Erstdiskussionen" um den Ehlertschen Maserati im vergangenen Jahr vielleicht eher Anknüpfungspunkte für einen Ausschluss aus dem Paritätischen gegeben hätte.</p> <p>Nachdem aber das Thema "Gewinne bei der Treberhilfe, Maseratis, GF-Gehälter usw." erst einmal in der Medienlandschaft verankert waren, ist die Medienarbeit auch durch den Paritätischen nicht mehr steuerbar gewesen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat sich der Verband bemüht, Sachinformationen zum Thema zu vermitteln.</p>	Bestätigt wird, dass das nächste Trägertreffen erst für den 03. 11. 2010 (wie geplant) vorzusehen ist. Sollte sich herausstellen, dass aufgrund vorgezogener Verhandlungen ein Entscheidungsbedarf vorab besteht, sollte ein weiterer AK Qualitätstermin genutzt werden und zu diesem Termin dann der Träger-AK zusammen kommen.

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
		<p>Dass aufgrund der neuerlichen Aktivitäten der Treberhilfe in Bezug auf die begonnene Aufklärungsarbeit durch den Aufsichtsrat der Organisation endgültig neue Sachverhalte vorliegen, die ein Ausschlussverfahren seitens des Paritätischen begründbar machen und kurzfristig umsetzungsfähig, wird ergänzend angemerkt.</p> <p>Das vom Paritätischen initiierte "Medienhintergrundgespräch" war der Versuch, die Informationen "ordentlich und umfassend" darzustellen. Für das "Leistungsfeld Wohnungslosenhilfe" war Herr Wolfgang Ratajczak, Geschäftsführer der Bürgerhilfe, zugegen. Mit der Hinzuziehung eines Vertreters von PWC und der Bank für Sozialwirtschaft sollte das Thema "Gewinn und Gemeinnützigkeit" den Pressevertretern nahe gebracht werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es zur Medienarbeit des Paritätischen Berlin diverse Informationen über den Paritätischen Rundbrief (www.paritaet-berlin.de) gibt.</p> <p>Auch das Interview des Paritätischen Geschäftsführers in der Berliner Abendschau ist abrufbar.</p> <p>Aktuell wird Bezug genommen auf die Pressemitteilung der Senatsverwaltung, wonach sich die Verbände mit der Senatsverwaltung verständigt hätten, Transparenzregeln in Form eines Kodex festzuschreiben, der für alle sozialen Betriebe verbindlich sein soll.</p> <p>Herr Menninger weist ausdrücklich darauf hin, dass die Diktion in der Pressemitteilung keineswegs den Gesprächsinhalt hinreichend widerspiegelt. Der Paritätische hatte bereits vor zwei Jahren sein Verständnis zu einem entsprechenden neuen Nonprofit Governance Kodex den Medien vorgestellt. Die zwei Jahre alte Denkschrift ist nunmehr durchaus wieder aktuell interessant.</p> <p>Allerdings versteht sich der Paritätische keineswegs als "Kontrollverband". Es geht ihm im Wesentlichen um eine Trennung zwischen Kontroll- und Entscheidungsebenen bei sozialen Organisationen. Die entsprechenden Impulse zu einem entsprechenden Kodex kamen jetzt auch eher aus der Gesundheitsverwaltung. SenIAS hat das Thema nur aufgenommen.</p>	

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
		<p>Transparenzaspekte sollen u. a. sein, Veröffentlichung der GF-Vergütungen sowie Gehaltsstrukturen von Mitarbeitern.</p> <p>Der Paritätische hat inzwischen auch bereits Kontakt zu Professor Münder aufgenommen, um überhaupt auszuloten, inwieweit verbindliche Festschreibungen in Bezug auf Normverstöße möglich sind.</p> <p>Es erfolgt auch der Hinweis auf die augenfällige Diskrepanz der "Senatsbemühungen, um das große Ganze", während es auf der Ebene des Berliner Rahmenvertrages Soziales relativ ruhig ist, obwohl in diesem Rahmenvertrag (Seite 24) das Thema "Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Leistungen" geregelt hinterlegt ist, d. h. von der Sache her wäre es geboten gewesen, im Sinne der Rahmenvereinbarung eine Prüfung über das Geschäftsgebaren der Treberhilfe an den Anfang zu stellen.</p> <p>Inwieweit das Taktieren der Senatsverwaltung auch auf Interessenlagen abzurufen ist, die bestehende Praxis der Treuhandverträge in Frage zu stellen, wird auch angesprochen. In diesem Zusammenhang wird auch angemerkt, dass in den "Altverträgen" gerade wegen der politischen Intervention eine von den Wohlfahrtsverbänden geplante Kürzung der Zuwendungsförderung für Angebote der Wohnungslosenhilfe verhindert wurde.</p> <p>In einer an den Vortrag des Herrn Menninger sich anschließenden Diskussion werden folgende Aspekte angesprochen:</p> <p>Teile der Mitgliedsorganisationen fanden es bedauerlich, nicht am Medienhintergrundgespräch beteiligt gewesen zu sein. – Hier wurde aber darauf hingewiesen, dass die vom Öffentlichkeitsreferat des Paritätischen geplante Veranstaltung eindeutig den Schwerpunkt auf den Finanzierungssektor, nicht auf die inhaltliche Arbeit legen sollte.</p> <p>Insgesamt ist auch mit Verwunderung zu registrieren, wie auf einmal die "Treberhilfeangelegenheiten" einen derartigen breiten Raum einnehmen, und soziale Themen dominieren. Letztendlich wäre fast alles, was an Vorwürfen erhoben wurde, ja schon seit langem bekannt gewesen.</p>	

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
		<p>Weitergehend wird angemerkt, dass die vom Paritätischen Geschäftsführer in den Mediengesprächen angedeutete "3 %-Umsatzrendite" als eher viel zu knapp angesehen werden, zumindest für das Feld der Wohnungslosenhilfe, da von einem Gesamtumsatz von 40 Mio nur ein entsprechend kleinerer Anteil auf zahlreiche Paritätische Trägerorganisationen fällt. Parallel wird in der Diskussion aber darauf eingegangen und festgestellt, dass es durchaus möglich ist, neben kalkulierten Gewinnzielen für einen Leistungserbringer auch Risikoaspekte oder die Verzinsung des Eigenkapitals mit anzuführen. Insofern würde sich auch dieser 3 %-Wert entsprechend erhöhen können.</p> <p>Einvernehmen besteht, dass die Diskussion grundsätzlich schädlich ist, nicht nur für die Wohnungslosenhilfe, sondern für alle sozialen Angebotsträger. Negativ-Diskussionen "schwappen" auch ins Ehrenamt ("Warum sollte ich unentgeltlich für eine Organisation etwas tun, wenn vielleicht der der Geschäftsführer Maserati fährt?") Die Paritätischen Mitgliedsorganisationen weisen darauf hin, dass sie auch von ihrem Trägerverband erwarten, eindeutig hervorzuheben, dass es professioneller Angebotsstrukturen bedarf, um im Leistungsrecht die erforderlichen Hilfe für die Anspruchsberechtigten zu erbringen. Auch Herr Menninger sieht einen zukünftigen Themenschwerpunkt darin, zu verdeutlichen, wie die soziale Arbeit auf die Menschen wirkt. Für den Paritätischen als Mitgliederverband steht fest, dass die Kriterien für einen Ausschluss aus dem Verband umfassender zu definieren sind, damit bereits im Vorfeld eines verbandschädlichen Verhaltens ein Agieren des Verbandes möglich wird. Neben allem anderen wird auch festgestellt, dass es kaum möglich ist, bestimmte Verhaltensweisen positiv oder negativ bewertend zu besetzen. So ist die Kontaktpflege mit der Politik unabdingbar auch Aufgabe soziale Angebotsträger. Erst wenn dies im Übermaß geschieht, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen, beginnt das Problem.</p> <p>Herrn Menninger wird für seine Ausführungen gedankt. Er verlässt die Sitzung. Das Thema "Transparenz" wird insofern noch weiter verfolgt, als festgestellt wird, dass die LGS Parität einen Fragebogen die Organisationen gerichtet hat, um festzustellen, wie derzeit die Rahmenbedingungen der Mitarbeitervergütung beschaffen sind. Die Angaben werden auch verbandsintern vertraulich behandelt. Es wird eine anonymisierte Auswertung geben, wenn hinreichend Rückmeldungen vorliegen. In jedem Falle soll das Material genutzt werden, um</p>	

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
		<p>bei möglicherweise zu führenden Verhandlungen die Spezifika Paritätischer Angebotsträger mit in die Verhandlungen einfließen lassen zu können.</p> <p>Grundsätzlich scheint es aus fachlicher Sicht geboten, nicht in voreilem Gehorsam mehr Verhandlungsmasse preiszugeben, indem man eilfertig den Vorstellungen der Verwaltung nachkommt. Es kann nur im Bezugssystem der Berliner Kommission Soziales eine Veränderung geschaffen werden. Die derzeitigen Vergütungen sind vereinbart. Sofern Änderungen angestrebt werden, ist das über die Gremien der Kommission entsprechend zu verhandeln. Der Paritätische wird in diese Verhandlungen einbezogen werden und wird sich mit seinen Organisationen jeweils im Vorfeld abstimmen.</p>	
TOP 3	LT-Beschreibung, (Neu)Bestimmung verbandlicher Verhandlungspositionen (Jahresbericht; Wohnungslosen-Liste)	<p>Anstelle der ursprünglich vorgesehenen thematischen Auseinandersetzung mit den LT-Beschreibungen sollte im Träger-AK noch einmal der Versuch einer Abstimmung der Organisationen vorgenommen werden, wie man sich angesichts der Anforderungen der Senatsverwaltung zu verhalten habe. Fragestellungen beziehen sich auf das Ausfüllen der sogenannten "Wohnungsliste" in neuer Form sowie in den Jahresberichten in ganz neuer (in der Kommission nicht abgestimmter) Form.</p> <p>Die von den Anwesenden erbetene Rundfrage gibt folgendes Meinungsbild: Es besteht generell kaum Bereitschaft, die Wohnungsliste auszufüllen. Bei der erweiterten Form des Jahresberichts gab es mehrere Trägerstimmen, die darauf hinweisen, dass die Verwendung des Onlineverfahrens mit einer höheren Berichtspflicht unter Umständen weniger Arbeit macht, als die Nutzung der Formulare aus dem vergangenen Jahr.</p> <p>Die Bereitschaft, Genderangaben aufzuliefern, ist bei mehreren Trägern vorhanden, wobei einzelne Träger sich vorbehalten, ihre Entscheidung von der Trägermehrheiten im Leistungsfeld abhängig zu machen. Ausdrücklich erfolgte auch noch einmal der Hinweis, dass das Protokoll aus der Kommissionssitzung zum Tagesordnungspunkt wenig Entscheidungssicherheit vermitteln mag, da diese Protokollstelle von Herrn Pape-Wunnenberg formuliert wurde, der die Verwaltungsintentionen eins zu eins in das Protokoll geschrieben hat, obwohl in der Sitzung Anderes diskutiert wurde.</p>	<p>Aufgrund der Abstimmung im Trägerkreis empfiehlt der Verband, grundsätzlich nicht "die Wohnungsliste" ausgefüllt an die Verwaltung zurück zu senden. Beim Jahresbericht kann es den Leistungserbringern im Wortsinne "freigestellt bleiben", ob sie die alte oder neue Form verwenden. Ausdrücklich anzustreben wäre dabei eine Teilmenge Paritätische Träger, die die Altbericht nutzen, um über dieses Maß an Vertragstreue deutlich zu machen, dass eine Gesamtauswertung, die übers Knie gebrochen wurde, überhaupt nicht durchsetzungsfähig und aussagekräftig ist.</p> <p>Auf die Möglichkeit, die neue Berichtsform zu nehmen und bei den einzelnen Genderfragen nur männliche oder weibliche Personen</p>

TOP	Thema	Inhalt. Diskussionsbeiträge	Ergebnis / ggf. Fristen verantwortlich
			aufzulisten und beim Ausdruck, der an die Verwaltung zu richten ist, mit einem Sternchen darauf hinzuweisen, dass es ein nicht geklärtes Verhältnis von Männern zu Frauen gibt, das in der Erfassung für 2009 keine Rolle gespielt haben.
TOP 4	Verschiedenes	Nächster AK-Träger-Termin ist am 03. 11. 2010 in der LGS Parität. Eine Einladung ist beigefügt. Es wird daran erinnert, dass das Thema "Funktionalität der Geschäftsordnung in jedem Falle aufgerufen werden soll.	

Rainer Lachenmayer

Berlin, den 11. 03. 2010, La-hä

**Anwesenheitsliste AK § 67 SGB XII und Schuldnerberatung
 am 11. 03. 2010 um 9.00 Uhr in der Haus des älteren Bürgers gGmbH**

Name des Teilnehmers	Organisation / Verband	Telefon-Nr.	E-Mail
Daniela Denkler	Freie Hilfe	030/44362430	d.denkler@freihilfe.de
Ariane Best	Hilfenssch. Verein f. amb. Vers.	962771/30	Wohuliffe@svk.de
Drzyzga, Ilse	mitHilfe gmbH	63905017	kontakt@mitHilfe.org
Tilman Adelgott	Universal- Hilfe Zugang	773003-33	adelgott@universal-hilfe.de
Hans Fromgent	Universal- Stiftung	63223890	armyent@universal-stiftung.de
Kirsten Krüger	vista gmbH	4652471	krueger@vistaberlin.de
Matthias Lander	sbh-service gmbH	8647 13-57	lander@sbh-service.de
Susanne Spindler	NEUE WEGE e.V.	030 1 28 10 58 56	Spindler@neue-wege-e-v.de
Mihad Winte	HVD	4146874	newket@hvd.de
Claes GÖRIGU	CASA NOSTRA		CLAES.GÖRIGU@CASANOSTRA.DE
Bente GIEHL	CASA NOSTRA		

Anwesenheitsliste AK § 67 SGB XII und Schuldnerberatung
 am 11. 03. 2010 um 9.00 Uhr in der Haus des älteren Bürgers gGmbH

Name des Teilnehmers	Organisation / Verband	Telefon-Nr.	E-Mail
Martin Hilckmann	ZIK gGmbH	030-39896037	martin.hilckmann@zik-ggmbh.de
Stephan Grube	ZIK gGmbH	030-3989600	sozial@zik-ggmbh.de
Marco Schulte	Bürgerhilfe gGmbH	030/5368272	fachlsgsoe@buergeriilfe-berlin.de
Anja Kohuke	Albatros gGmbH	44728492	wolkehilfe@albatrossgmbh.de
Angela Pönnig	Cope Diener e.V.	4138462	Rome@copediener-berlin.de
Nickel	MSBW. e.V.	53780033	Nickel@msbw-culice.de
Ulrich	Verein f. amb. Versorg. HSH	36277120	evelyn.ulrich@vav-hhansen.de
Thomas Meißner	Freie Hilfe Berlin e.V.	44362430	th.meissner@freiehilfe.de